

1848

PA  
5094

1124

Médiathèque VS Mediathek



1010404618

1848

---

Fb



# Verfassung

des

## Kantons Wallis.

Im Namen des Allmächtigen!

Erster Titel.

Grundsätze.



51/960

Allgemeine Verfügungen.

Art. 1. Wallis bildet einen souveränen und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibten Staat.

Die Souveränität beruht in der Gesamtheit der Walliserbürger.

Die Regierungsform ist eine repräsentative Demokratie.

PA 5094

Art. 2. Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die Religion des Staates; der Beistand des Gesetzes ist ihr zugesichert.

Art. 3. Alle Walliser sind gleich vor dem Gesetze.

In Wallis giebt es kein Vorrecht.

Art. 4. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Es darf Niemand gerichtlich verfolgt noch verhaftet werden, außer in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen und nach den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Art. 5. Jeder ist berechtigt, dem Großen Rath und den übrigen verfassungsmäßigen Behörden Bittschriften einzureichen.

Art. 6. Die Presse ist frei.

Das Gesetz bestraft die Mißbräuche derselben. Seine Verfügungen können nicht vorgreiflich seyn.

Art. 7. Das Recht freier Ansiedelung ist allen Kantonsbürgern gewährleistet.

Die Handels-Gewerbs- und Kunstfreiheit ist allen Wallisern gewährleistet.

Das Gesetz regelt die Ausübung dieser Rechte.

Art. 8. Der öffentliche Unterricht ist verpflichtend; er ist unter die Aufsicht des Staats gestellt, unbeschadet der Amtsbefugnisse der Geistlichkeit in Betreff des Religions-Unterrichtes.

Art. 9. Niemand darf seinen ordentlichen Nichtern entzogen werden.

Art. 10. Der Wohnsitz ist unverlegbar. Es kann keine Hausuntersuchung vorgenommen werden, außer in den von dem Gesetze vorgesehenen Fällen und auf die von demselben vorgeschriebene Weise.

Art. 11. Das Eigenthum ist unverlegbar. Von diesem Grundsatz kann nur zu einem Zwecke öffentlichen Nutzens, oder in den von dem Gesetze vorgesehenen Fällen, und mittelst einer vorläufigen gerechten Entschädigung abgewichen werden.

Art. 12. Kein Grundstück darf mit einem ewigen und nicht loskäuflichen Grundzins belegt werden.

Art. 13. Jeder Walliser ist zur Vertheidigung des Vaterlandes verpflichtet.

Das Gesetz regelt den Militärdienst und vertheilt die Lasten desselben auf eine billige Weise unter alle.

Art. 14. Die deutsche und die französische Sprache sind als Nationalsprachen erklärt.

---

## Zweiter Titel.

### Eintheilung des Kantons.

Art. 15. Der Kanton ist in Zehnen oder Bezirke eingetheilt. Die Bezirke werden von Gemeinden gebildet.

Ein Dekret des Großen Rathes bestimmt die Anzahl und die Umgränzungen der Bezirke und der Gemeinden, und bezeichnet die Hauptorte derselben.

Art. 16. Sitten ist der Hauptort des Kantons. Der Große Rath, der Staatsrath und das Appellationsgericht des Kantons halten daselbst ihre Sitzungen.

Diese Staatskörper können jedoch ihren Sitz anderswohin verlegen, wenn wichtige Umstände es erheischen.

---



## Dritter Tittel.

### Politischer Stand der Bürger.

Art. 17. Walliserbürger sind :

- 1° die Bürger oder Gemeinder einer Gemeinde des Kantons;
- 2° die als Walliser Eingebürgerten;
- 3° diejenigen, denen das Gesetz das Kantonsbürgerrecht zuerkennt.

Art. 18. Keiner kann als Bürger oder Gemeinder aufgenommen werden, bevor er als Walliser eingebürgert ist.

Art. 19. Die beständigen Einwohner sind Walliser.

Ein Dekret wird ihnen die Kantonseinbürgerung erleichtern.

## Vierter Titel.

### Öffentliche Gewalten.

Art. 20. Die öffentlichen Gewalten sind folgende :

die gesetzgebende Gewalt ;  
 die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ;  
 die richterliche Gewalt.

---

## Erstes Kapitel.

### Gesetzgebende Gewalt.

Art. 21. Die gesetzgebende Gewalt wird von einem Großen Rathe ausgeübt.

Jeder Bezirk sendet in denselben einen Gesandten für jedes Tausend Seelen Bevölkerung ; der Bruch von fünfhundert und eins , und darüber , wird für ein Ganzes gerechnet.

Art. 22. Die Mitglieder des Großen Rathes können während der Sitzungen desselben , und ohne seine Erlaubniß , weder gerichtlich verfolgt noch verhaftet werden , es sei denn daß sie über der That ergriffen würden.

Art. 23. Die Gesandten sollen für das allgemeine Beste nach eigener Überzeugung stimmen , sie können nicht an Verwaltungsbefehle gebunden werden.

Art. 24. Die Beschlüsse des Großen Rathes

werden durch absolute Stimmenmehrheit genommen.

Er darf nur sofern rathschlagen, als die anwesenden Gesandten die absolute Mehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder bilden.

Art. 25. Der Große Rath versammelt sich von rechtswegen zu ordentlichen Sitzungen am dritten Montag des Monats Mai und am dritten Montag des Wintermonats. Er tritt ausserordentlich zusammen, wenn er von dem Staatsrath einberufen wird.

Art. 26. Jede ordentliche Session dauert höchstens fünfzehn Sitzungstage. In Fällen von höherer Wichtigkeit und höherem Interesse kann jedoch der Große Rath die Sessionen verlängern.

Art. 27. Die Sitzungen des Großen Rathes sind öffentlich.

Er beschließt die geheime Sitzung, wenn es die Umstände erheischen.

Art. 28. Der Große Rath ernennt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vize-Präsidenten, zwei Sekretäre, den einen dieser letztern für

die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 29. Der Große Rath ernennt aus seiner Mitte, oder außer derselben, die Mitglieder des Staatsrathes und des Appellationsgerichtes des Kantons. Er erwählt unter denselben den Präsidenten und Vize-Präsidenten eines jeden dieser Staatskörper.

Art. 30. Die Gesandtschaft auf die Tagsagung besteht aus zwei Gesandten. Der Große Rath erwählt dieselben in jeder Maisigung und läßt sich über ihre Sendung Rechenschaft erflatten.

Art. 31. Dem Großen Rathe stehen folgende Amtsbefugnisse zu :

- 1° Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt über die Gültigkeit ihrer Erwählung ;
- 2° Er genehmigt, ändert, oder verwirft die Gesetz-oder Dekretsvorschläge ;
- 3° Er bewilliget das Kantonsbürgerrecht ;
- 4° Er übt das Amnestie- Begnadigungs-und Strafmilderungsrecht aus.
- 5° Er prüft die Amtsführung des Staatsrathes ;

6° Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates; untersucht und schließt die Rechnungen desselben;

Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht;

7° Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten, so wie auch die nöthige Summe für die Angestellten des Staatsrathes;

8° Er hat das Recht, Geld zu schlagen und die Werthigung der Münzsorten festzusetzen;

9° Er ertheilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften, zur Veräußerung oder Verpfändung der Nationalgüter, und zu den Staatsanlehen;

10° Er bewilliget das Recht zum Minenbau und ermächtigt zur Übertragung desselben auf Andere;

11° Er giebt das Standesvotum in Bundesangelegenheiten ab, und ertheilt die Verhaltungsbefehle den Gesandten an die Tag-satzung;

12° Er schließt mit den Kantonen und mit den auswärtigen Staaten Verträge über

Gegenstände, die nicht in die Befugnisse der eidgenössischen Tagsatzung gehören;

13° Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukömmt;

14° Er ernennt auch die Offiziere, die einen höhern Rang, als denjenigen eines Hauptmanns haben.

15° Er übt die souveräne Gewalt in Allem aus, was die Verfassung nicht ausdrücklich einer andern Behörde überträgt.

Art. 32. Der große Rath kann den Staatsrath einladen, ihm einen Gesetzes-oder Dekretsentwurf vorzulegen. Der Staatsrath hat alsdann die Pflicht, den abgeforderten Entwurf in jener der zwei nächstfolgenden ordentlichen Sitzungen vorzulegen, welche vom Großen Rath bezeichnet wird.

Erklärt der große Rath die Dringlichkeit eines Dekretsentwurfes, so ist der Staatsrath gehalten denselben noch während der Dauer der nämlichen Sitzung vorzulegen.

Art. 33. Die Gesetzes- und Dekretsenwürfe müssen einer ersten und einer zweiten Verhandlung unterlegt werden.

Jede Verhandlung findet in einer ordentlichen Sitzung statt.

Ist die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so wird die zweite Verhandlung in der nämlichen Sitzung eröffnet.

## Zweites Kapitel.

### Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt.

Art. 34. Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus sieben Gliedern gebildeten Staatsrathe anvertraut.

Zwei derselben werden aus dem Kantonstheile gewählt, welcher die wirklichen Bezirke Goms, Brig, Visp, Naren und Leuk in sich begreift; zwei aus jenem der Bezirke Sider, Sitten, Härens und Gundis; drei aus jenem der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey.

Art 35. Die Amtsbefugnisse des Staatsrathes sind folgende:

- 1° Er legt die Gesetzes-oder Dekretsentwürfe vor, und beantragt die den Tagsatzungsge sandten zu ertheilenden Instruktionen;
- 2° Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen; und erläßt zu diesem Behufe die nothwendigen Beschlüsse;

- 3° Er sorgt für alle Verwaltungsweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung;
- 4° Er verfügt über die bewaffnete Macht behufs Sicherung der Ordnung im Innern und im Falle einer Gefahr von Außen; er muß aber unverzüglich die Glieder des Großen Rathes über die von ihm getroffenen Maßregeln in Kenntniß setzen, und wenn es die Umstände erfordern denselben einberufen;
- 5° Er führt den Briefverkehr mit den eidgenössischen Behörden, mit den Kantonen und den auswärtigen Staaten;
- 6° Er einberuft den Großen Rath zu außerordentlicher Sitzung, wenn er es für nöthig erachtet, oder auf ein schriftliches und begründetes Begehren von zwanzig Gesandten;
- 7° Er wählt die Beamteten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Geseze keiner anderen Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselbe vermittelst eines mit Gründen belegten Entscheides widerrufen;
- 8° Er überwacht die untergeordneten Behörden und ertheilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;



9° Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern würden, seine Befehle zu vollziehen, von ihren Amtsverrichtungen einstellen; muß aber dem Großen Rathe, in seiner nächsten Sitzung, darüber Bericht erstatten.

Art. 36. Die Regierung hat in jedem Bezirke einen von ihr gewählten Vertreter unter dem Namen Regierungsstatthalter, für die Vollziehung der Gesetze und Beschlüsse.

Es hat derselbe einen Stellvertreter.

Die übrigen Amtsverrichtungen des Regierungsstatthalters werden durch ein Gesetz geregelt.

Art. 37. Der Staatsrath erstattet jährlich Bericht über seine Amtsführung.

Er kann zu diesem Zwecke von allen Behörden die nothwendigen Aufschlüsse abverlangen.

Art. 38. Der Staatsrath ist für seine Verwaltung verantwortlich. Das Gesetz bestimmt das Nähere über diese Verantwortlichkeit.

Art. 39. Die Staatsräthe können nicht im Großen Rathe als Mitglieder desselben sitzen. Sie nehmen an dessen Verhandlungen Antheil, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Art. 40. Es besteht ein Gericht für Verwaltungsstreitigkeiten. Das Gesetz regelt die Einrichtung und Befugnisse desselben.

Art. 41. Der Strathsrath theilt sich zur Ausfertigung der Geschäfte in Departemente ab.

Ein Reglement bestimmt die Zahl und Amtsverrichtungen derselben.

---

### Drittes Kapitel.

#### Richterliche Gewalt.

Art. 42. Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

Art. 43. Jede Gemeinde hat einen Richter und einen Richter Statthalter.

In einem jeden Bezirke ist ein Civil- ein Correctionel- und Kriminalgericht.

Jedoch ist dem Bezirke Naren gestattet zwei Gerichte zu haben, das eine für den westlichen, das andere für den östlichen Theil.

Es besteht für den Kanton ein Appellationsgericht.

Art. 44. Die Vollziehungsgewalt ernennt die

Mitglieder und Suppleanten der Bezirksgerichte, bis das Gesetz hierüber anders verfügen wird.

Es können dieselben nicht widerrufen werden.

Art. 45. Der Präsident und der Vize-Präsident der Bezirksgerichte werden von den Mitgliedern und Suppleanten derselben unter den ersten gewählt.

Art. 46. Das Appellationsgericht des Kanton besteht aus elf Mitgliedern mit fünf Suppleanten.

Zwei Mitglieder sind aus dem Kantonstheile zu wählen, welcher die Bezirke Goms, Brig, Visp, Naren und Leuk in sich faßt, zwei aus jenem der Bezirke Sider, Sitten, Särens und Gündis, und drei aus jenem der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey.

Die Wahl der übrigen vier Mitglieder und der fünf Suppleanten bleibt freigestellt.

Art. 47. Das Gesetz kann die Gerichtsordnung ganz oder theilweise ändern. Die wirkliche Einrichtung und Zuständigkeit der Gerichtshöfe ist indessen beibehalten.

Diese Verfügungen schließen die Einführung

des Geschwornengerichtes im peinlichen Fache und demjenigen der Presse nicht aus.

## **Fünfter Titel.**

### **Gemeinde-Verwaltung.**

Art. 48. Es besteht in jeder Gemeinde;

1° eine Urversammlung ;

2° ein Municipalrath;

3° eine Gemeindeversammlung.

Auf Begehren der Gemeindeversammlung kann auch ein Gemeinderath gewählt werden.

Art. 49. Die Urversammlung besteht :

1° aus den Bürgern oder Gemeindern ;

2° aus den Kantonsbürgern, die seit zwei Jahren in der Gemeinde wohnhaft sind.

Art. 50. Es wählt dieselbe den Municipalrath, den Präsidenten und den Vize-Präsidenten desselben, den Richter der Gemeinde und seinen Statthalter.

Art. 51. Sie rathschlägt über die Verordnungen für die Ortspolizei und prüft jährlich die Rechnungen und die Verwaltung des Municipalrathes.

Art. 52. Der Municipalrath wird wenigstens aus drei und höchstens aus fünfzehn Mitgliedern zusammengesetzt.

Jedoch können die Gemeinden, die zweitausend Seelen Bevölkerung zählen, die Zahl derselben auf ein und zwanzig erheben.

Dieser Rath erläßt die Verordnungen für die Ortspolizei und besorgt die Vollziehung derselben, unbeschadet der Aufsicht des Staatsrathes, ernannt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und vertheilt die öffentlichen Lasten.

Art. 53. Die Gemeindeversammlung besteht ausschließlich aus den Bürgern oder Gemeindern.

Sie erwählt ihre Räthe und bestimmt die Anzahl derselben; sie verfügt über Veräußerung oder Verpfändung der Gemeindegüter, über die Aufnahme von Bürgern oder Gemeindern, über die Rechtshändel, in welchen die Gemeinde die Wei-

terziehung ergreift, und beschließt die Verordnungen über den Genuß der Gemeindegüter.

Sie prüft jährlich die Rechnungen und die Amtsverwaltung des Gemeinderathes.

Art. 54. Der Gemeinderath verwaltet die Gemeindegüter und die Gemeinde-Interessen, schlägt der Gemeindeversammlung die Verordnung für den Genuß der Gemeindegüter vor und erstattet derselben Rechenschaft über seine Verwaltung.

Art. 55. In den Gemeinden wo kein Gemeinderath gewählt ist, übt der Municipalrath die Amtsverrichtungen desselben aus.

In den Gemeinden von fünf hundert und mehr Stimmenden und in welchen die Bevölkerung zerstreut ist, können die Urversammlungen und die Gemeindeversammlungen sektionsweise abstimmen.

In denjenigen die achthundert Stimmende und darüber zählen, kann jede Sektion ihre Räthe wählen ohne Bezug der übrigen Sektionen.

Art. 56. Die Einrichtung und die übrigen Befugnissen der bezeichneten Räthe werden vom Gesetze bestimmt.

Art. 57. Der Staatsrath soll in den Gemein-  
deverwaltungen dazwischentreten so oft, abseiten  
eines oder mehrerer Betheiligten, eine Klage bei  
ihm einkommt.

Art. 58. Die Dienstboten können in den Ge-  
meinden wo sie wohnen nur insofern stimmen als  
daselbst die öffentlichen Lasten tragen.

Art. 59. Die Berichtigung der Rechnungen und  
Interessen unter den verschiedenen Gemeinden ei-  
nes Bezirkes werden durch einen Bezirksrath ge-  
regelt.

Der Municipalrath jeder Gemeinde wählt die  
Abgeordneten an denselben, aus seiner Mitte oder  
außer derselben, im Verhältniß eines Abgeordne-  
ten auf 300 Seelenbevölkerung. Der Bruch von  
151 wird für ein ganzes gerechnet.

Jede Gemeinde welche immer ihre Bevölkerung  
sein mag, ist zu einem Abgeordneten berechtigt.

Der Regierungsstatthalter oder sein Stellvertre-  
ter führt, mit beratthender Stimme, den Vorsitz beim  
Bezirksrathe.

---

## Sechster Titel.

### **Wahlart, Bedingnisse zur Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Aemter.**

Art. 60. Die Gesandten an den Großen Rath werden in jedem Bezirke unmittelbar durch die Wahlversammlungen ernannt.

Das Gesetz organisiert die Wahlversammlungen, Bezirks oder Kreisweise, mit Rücksicht auf die Convenienzen und auf die topographische Lage der Ortschaften.

Art. 61. Die Dauer der öffentlichen Aemter ist auf folgende Art geregelt.

Der Große Rath, der Staatsrath, das Appellationsgericht und die Bezirksgerichte werden für fünf Jahre gewählt.

Die Präsidenten und Vize-Präsidenten des Staatsrathes und des Appellationsgerichtes werden für ein Jahr gewählt.

Der Präsident des Staatsrathes ist zu dieser Stelle unmittelbar nicht wieder wählbar.

Die Municipal-und Gemeinderäthe und die Gemeinderichter unterliegen alle zwei Jahre einer neuen Wahl.



Art. 62. Es können weder stimmen noch gewählt werden :

- 1° diejenigen welche dem Publikum oder den Wohlthätigkeitsanstalten gewöhnlich zur Last fallen ;
- 2° diejenigen deren Zahlungsunfähigkeit mittelst eines Urtheils oder Karenzactes erwiesen ist; es wäre denn , daß diese Zahlungsunfähigkeit aufgehört hätte, oder von unabwendbarer Gewalt oder ererbten Schulden herrührte ;
- 3° die Interdizirten , die Wahnsinnigen und solche deren Blödsinnigkeit allgemein anerkannt ist ;
- 4° diejenigen auf denen ein entehrendes Urtheil lastet oder die wegen Diebstahls oder Verfälschungsverbrechen sind verurtheilt worden ;
- 5° diejenigen welche die Mittel besitzend, den persönlichen Antheil an den Schulden ihrer Eltern zu bezahlen, der Erbschaft derselben entsagt haben.

Das Gesetz kann, als Strafe, noch andere Ausschließungsgründe bezeichnen.

Art. 63. Der Beamtete, welcher sich in einem der im 62. Artikel erwähnten Fällen betreten läßt, ist ohne weiters seines Amtes entsetzt.

Art. 64. Der ausländische, bürgerliche oder mi-

litärische Dienst, ist unvereinbar mit öffentlichen Ämtern und mit der Ausübung der politischen Rechte.

Art. 65. Niemand darf in zwei Gemeinden stimmen.

Art. 66. Der Walliserbürger kann, vor erfüllten zwanzig Jahren, seine politischen Rechte nicht ausüben.

Art. 67. Um zu einem öffentlichen Amte wählbar zu sein, muß man volljährig und fähig sein bei Urversammlungen zu stimmen.

Art. 68. Es können nicht, zu gleicher Zeit, im Staatsrathе oder in einem Gerichtshofе sitzen:

- 1° Vater und Sohn;
- 2° Stiefvater und Stieffohn, Schwiegervater und Schwiegersohn;
- 3° Brüder, Halbbrüder und Stiefbrüder;
- 4° Schwäger;
- 5° Oheim und Neffe.

Art. 69. Die geistlichen Amtsverrichtungen sind unvereinbar mit bürgerlichen Ämtern und der Ausübung politischer Rechte.

Art. 70. Die Ausübung politischer Rechte ist

unter dem Titel der Gegenseitigkeit den Bürgern jener Mitstände, welche das nämliche Recht den Wallisern bewilligen, zugesagt.

## Siebenter Titel.

### **Zusätzliche Verfügungen, Revisionsmodus.**

Art. 7.1 Die Vollziehungsgewalt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der Vollziehbarkeit derselben.

Zwischen dem Tage des Schlußes der Session in welcher ein Gesetz ist getragen worden, und der Inkraftsetzung des letztern darf nicht ein Zwischenraum von mehr als dreißig Tagen belassen werden., es sei denn daß der Große Rath es anders beschlossen hätte.

Art. 72. Die wirklich bestehenden seit dem 1. Mai 1844 bis zum 30ten November 1847, bezüglich der Politik erlassenen Gesetze, Dekrete und Beschlüsse sind wiederrufen.

Art. 73. Jedes vom Großen Rathe oder von sechs tausend Aktisbürgern in der vom Gesetze zu bestimmenden Form gestellte Begehren der Verfas-

sungsrevision , soll dem Entscheide der Bezirks- oder Kreiswahlversammlungen unterlegt werden.

Im Bejahungsfalle haben dieselben gleichzeitig zu entscheiden ob die Revision durch den Großen Rath oder einen Verfassungs-rath vorgenommen werden solle.

Gegeben im Verfassungs-Großrathe, zu Sitten,  
den 10. Januar 1848.

Der Präsident des Großen Rathes:

**Peter Torrent.**

Die Sekretäre:

**A. Allet. L. Ribordy.**









